

## Joe Kaesers Aktieninitiative

Als unerwarteten Fürsprecher für eine sinnvolle Eigenkapitalkultur in Deutschland outete sich auf der jüngsten CSU-Klausurtagung im Kloster Seeon der Siemens Chef Joe Kaeser als er sagte, es könne doch nicht sein, dass Aktienengagements für die Altersvorsorge genauso hoch besteuert werden wie die Positionen von Hochfrequenzhändlern.

Damit legte der Siemens Chef den Finger in die klaffende deutsche Demographiewunde. Im Grunde ist bereits seit zwanzig Jahren hinlänglich bekannt, dass die bestehende Altersvorsorgestruktur einer radikalen Reform bedürftig ist. Da es sich aber um ein politisches Verliererthema handelt verweigern sich die jeweiligen deutschen Regierungen – egal welcher Couleur – einem sinnvollen Umbau. Vor allem hat es sich mittlerweile bitter gerächt, dass die Bundesrepublik vor sechs Jahrzehnten in die Adenauer Falle getappt ist. Der erste Bundeskanzler, der damals noch jungen Republik, war bei der Ausgestaltung der Altersvorsorge im Jahr 1957 einem optimistischen Credo gefolgt, welches lautete: „Kinder bekommen die Leute immer!“

Wir müssten heute nicht so viel Angst um die Altersvorsorge haben wenn Adenauer weiland Recht gehabt hätte. Hat er aber nicht, und genau besehen ist die Überalterung und strukturelle

Schrumpfung der deutschen Bevölkerung das mit Abstand größte Problem des Landes. Man ersieht die Folgen des stetig ungünstiger werdenden Altersaufbaus der Gesellschaft allein schon daran, dass



der Staat einen ständig wachsenden Teil der Rentenzahlungen aus den Steuereinnahmen bestreitet.

Heute weiß man mit Gewissheit, dass es das Beste für Deutschland gewesen wäre, wenn die seitherigen Regierungen konsequent auf private Altersvorsorge

der Bürger durch Beteiligung an der Wirtschaft – sprich Aktien – gesetzt hätten. Keine liquide und breit zugängliche Anlageform hat sich auch nur annähernd so vorteilhaft entwickelt wie Anteilscheine am Produktivvermögen. Dieser Befund fällt noch deutlich aus wenn man hinzu bedenkt, dass die Aktienanlage seit Jahrzehnten in Deutschland politisch gegenüber Zinsanlagen benachteiligt wird, und zwar durch steuerliche und regulatorische Regelungen.

Leider und vor allem leidet die Aktienanlage unter dem Eindruck des Postfaktischen. Während nämlich die Fakten so eindeutig zugunsten der Aktienanlage ausfallen, dass es eigentlich keiner weiteren Erörterung bedarf, führt die gefühlte Wahrnehmung von Aktieninvestments zur prompten Ablehnung dieser Anlageform. Erstaunlicherweise werden Börsen von einem Großteil der Bürger als Casinos angesehen und der Erwerb von Aktien gilt den meisten als Inbild einer

Spekulation. Dass die Wahrheit das glatte Gegenteil dieser Wahrnehmungen ist hat der Aktienanlage wenig genutzt, denn die gefühlte Wahrheit hat sich auf diesem Terrain gegenüber der faktenbelegten Wahrheit in Breite durchgesetzt.

Freilich ist ebenso erstaunlich, dass ausländische Anleger wesentlich sachlicher über deutsche börsennotierte Unternehmen nachdenken. Anders lässt sich nicht erklären, dass diese Anlegergruppe mittlerweile 2/3 der DAX-Aktien in ihren Depots hält. Wer sich für einen weiteren Beleg dieses beklagenswerten Umstandes interessiert, der sei zudem auf die aktuellen Übernahmen von Deutsche Börse, Bayer und Linde hingewiesen. Diese Unternehmen befinden sich ganz überwiegend im Eigentum nicht deutscher Anleger, während deutsche Investoren nur einen äußerst geringen Anteil an den

Übernahmezielen London Stock Exchange, Monsanto und Praxair besitzen.

Wohin man auch blickt, das Bild bleibt das Gleiche. Entgegen aller Fakten halten die Deutschen wenig bis gar nichts von Aktienanlagen. Stattdessen verhalten sie sich nach Aussage der Deutschen Bundesbank unglaublich stur, wenn es darum geht, Abstand von den zinsorientierten Anlageformen zu nehmen. Im Laufe der Jahre ist den fleißigen deutschen Sparern und dem deutschen Staat damit ein Schaden (entgangener Gewinn) von mehreren hundert Milliarden Euro entstanden. Es spricht für sich, dass selbst die radikale Negativzinspolitik der Europäischen Zentralbank nichts am Status Quo Deutscher Geldanlagen ändern kann.

Siemens Chef Joe Kaeser ist nicht der Erste, der eine dringend überfällige Veränderung der steu-

erlichen und regulatorischen Bedingungen zugunsten der Aktienanlage anmahnt. Aber auch sein Plädoyer während der CSU Klausurtagung wird auf taube Ohren treffen. Auf dem Feld der Kapitalanlage bleibt die Bundesrepublik fest in postfaktischer Hand.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns